

Medieninformation 02/2024

HSVN begrüßt Innenministerin Behrens zur Podiumsdiskussion „Demokratische Resilienz“

Hannover (18.11.2024). Kürzlich lud die Kommunale Hochschule für Verwaltung in Niedersachsen (HSVN) die nds. Innenministerin Behrens zur Podiumsdiskussion „Demokratische Resilienz“ ein. Die Veranstaltung fand auf Wunsch der Ministerin statt und war dem 75. Jubiläum des Grundgesetzes gewidmet.

Nach einführender Moderation durch zwei Studentinnen eröffnete Prof. Dr. Koop, Präsident der HSVN, die Veranstaltung und stellte seine Begrüßung in den aktuellen Kontext zu den Herausforderungen an die Demokratie im Zuge der US-Wahlen. Angesprochen wurden dabei vor allem die massive Wahleinflussnahme durch digitale Kanäle sowie aufstachelnde Rhetorik einiger Kandidaten.

Im Anschluss wurde ein Publikumsbarometer durchgeführt. Gefragt wurde unter anderem, wie sehr die Teilnehmenden und das Publikum die Demokratie gefestigt sahen oder wie sehr die Demokratie gefährdet sei.

Fragen, die auch Ministerin Behrens in ihrem Impulsvortrag ansprach. In diesem thematisierte sie die Herausforderungen der letzten Jahre an. Unter anderem habe die Covid-19-Pandemie „[das] Leben erschüttert“ und die Klimakrise spitze sich dramatisch zu. In diesem Zusammenhang kam sie auch auf die Fluten in Spanien und die Überschwemmungen in Niedersachsen im Frühjahr dieses Jahres zu sprechen. Auf diese und andere Herausforderungen und die Verunsicherung in der Bevölkerung „liefern Populisten einfache Antworten“, führte Ministerin Behrens weiter aus. Diese könnten aber nicht zu einer zielführenden Lösung führen. Im Gegenteil sollte sichergestellt werden, dass jeder „demokratiefest sein“ müsse.

In einem von Studierenden gedrehten Video kamen Stimmen der Studierenden und Dozierenden zur Sprache. Konfrontiert wurden sie mit Fragen zu besonders wichtigen Grundrechten oder, wie jeder Einzelne Engagement zum Schutz der Demokratie einsetzen kann.

In einer Podiumsdiskussion wurde mit der Frage nach Teilhabe die Diskussion zunächst angestoßen. Unter anderem könne man an Demonstrationen teilnehmen oder konstruktive Kritik an die Verwaltung richten. Hierzu sei auch eine „niederschwellige Gestaltung“ wichtig, um Teilhabe zu erleichtern. Im

Zusammenhang dazu kamen auch Konzepte direkter Demokratie zur Sprache. Ministerin Behrens sprach der direkten Demokratie zwar zu, bei kleindimensionierten Problemen Anwendung zu finden. Die Herausforderungen die bundesweit zu bewältigen seien, könne man aber so nicht lösen. Hier sei es vielmehr nötig, die politische Bildung an Schulen zu vertiefen. Zum Ende der Diskussionsrunde wurde noch ein mögliches Verbotsverfahren gegen die AfD angeführt. Behrens verwies hier auf die eindeutige Rechtslage. Eine bessere Lösung sei es, die Wählerinnen und Wähler zurückzugewinnen. Diese Punkte teilten auch sämtliche Teilnehmenden in ihren Abschlussstatements.

In einer abschließenden Fragerunde wurde unter anderem darüber diskutiert, ob der Wille zum Diskurs bei entfremdeten Wählern vorhanden wäre. Hier zogen die Teilnehmenden Vergleiche zur Debattenkultur der USA heran. Auch die Themen Kommunikation sowie die Rolle der öffentlich-rechtlichen Medien sowie eine mögliche Reform wurden angesprochen.

Die Veranstaltung wurde durch die Studierenden selbst vorbereitet und durchgeführt. Präsident Koop sowie Ministerin Behrens bedankten sich am Ende der Veranstaltung beide ausdrücklich für die Vorbereitungen sowie die einvernehmlich geführte Debatte.